



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

⌘: Politische Briefe. XI. : Der Wechsel im Reichspräsidentium.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

magnetischen Kraft, daß überhaupt der Magnetismus an der ganzen Erscheinung durchaus unschuldig sei. Die Kunde davon verbreitete sich in ganz London, und bald wurde es Modesache, dergleichen Experimente auszuführen; sie dienten zur gesellschaftlichen Belustigung, geriethen aber, wie jede Mode, bald wieder in Vergessenheit. In Deutschland sind die Experimente sehr oft von dem verstorbenen Professor der Physiologie in Leipzig, von Czermak, wiederholt worden. Im größeren Publikum aber sind sie so wenig mehr bekannt, daß leider Dinge vorkommen können, wie wir sie eben wieder erlebt haben. Daß Experimentatoren herumreisen und diese Erscheinungen vorführen, wird niemand tadeln, im Gegentheil, das Publikum sieht bei denen, die große Uebung in solchen Experimenten haben, eine feinere Ausführung als bei solchen, die sie nur selten machen. Diese „Magnetisirende“ aber verlegen die Ursache der Erscheinung in eine geheimnißvolle, nur ihnen eigenthümliche Kraft, weil sie recht gut wissen, daß sie dadurch die Neugierde der Menge weit stärker herbeilocken, als wenn sie einfach belehren würden. Darin aber steckt das Schwindelhafte und Volksverführerische solcher Schaustellungen.

Dresden, Mai 1879.

Politische Briefe.

XI.

Der Wechsel im Reichstagspräsidium.

Am 17. Mai brachte Herr v. Forckenbeck bei dem Bankett des Städtetages einen Toast aus in Erwiderung auf einen solchen, welcher dem deutschen Reichstage und seinem Präsidenten gegolten hatte. Man hat auf diesem Städtetage recht viel auf deutsches Bürgerthum getoastet. Der Vorsteher der Stadtverordneten von Berlin hatte angefangen, der Reichsbote „unser Braun“ war mit dem Hoch auf den Städtetag gefolgt, Herrn v. Forckenbeck's Toast hatte dasselbe Ziel. Aber die Herren sprachen keineswegs tautologisch. Erst kam das freie Bürgerthum, dann kam das Bürgerthum als große liberale Partei, welche auch die Bauern ein-, aber die Latifundienbesitzer ausschließt, die ihre schwierige Hand bloß als Redefigur ausnutzen. Herr v. Forckenbeck erklimmte den Höhepunkt, indem er das freie, thatkräftige Bürgerthum leben ließ. Es wurde auf das Bürgerthum immer noch weiter getoastet und immer mit wirksamen Varia-

tionen, aber Herr v. Forckenbeck wurde nicht übertroffen. Er hatte gedankt, daß man den Reichstag leben lasse, dessen Majorität vermuthlich in den Zollfragen gegen die Resolutionen entscheiden würde, welche der Städtetag gegen die Regierung gefaßt: aber der Redner erklärte, hier seines Theils nicht als Präsident des Reichstages zu sprechen, der (der Präsident) sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen in einer sehr schwierigen und außergewöhnlichen Lage befinde, sondern als liberaler Mann und als Oberbürgermeister von Berlin. Als solcher glaube er sagen zu müssen: „Es ist Zeit, daß das deutsche Bürgerthum gegenüber anderen Bestrebungen, die sich jetzt mit allen Kräften regen, sich zusammenfasse und sein volles Gewicht in die Wagschale der Entscheidung lege. Schon lange habe er vorausgeahnt, daß einmal die Zeit kommen werde, wo sich aus dem Bürgerthum eine große liberale Partei entwickeln werde; er habe dabei immer geglaubt, daß die liberale Partei nicht bloß die Städte, sondern getreu ihren Traditionen und ihrem Gerechtigkeitsgefühl alle Stände und namentlich auch das flache Land umfassen werde. Täusche er sich nicht, so sei die Zeit nahe, in der eine liberale Partei, als Kern in sich fassend das deutsche Bürgerthum, Einfluß gewinnen werde auf die weitere Entwicklung des deutschen Reiches. Dazu gehöre aber, daß wir uns rühren auf verfassungsmäßigem Boden, daß wir innerhalb dieser Grenzen aber alle Kräfte, die uns zu Gebote stehen, eifrig gebrauchen.“

Wir haben diese Rede im wortgetreuen Anschluß an den Bericht der National-Zeitung vom 18. Mai gegeben. In der Wortfassung anderer Zeitungsberichte war der Zwiespalt des Präsidenten des Reichstages mit der Majorität des letzteren noch stärker hervorgehoben. Kein Wunder daher, daß diese Zeitungen sich der Vermuthung nicht enthielten, Herr v. Forckenbeck stehe auf dem Punkte, das Präsidium niederzulegen. Am Montag wurde indeß diese Absicht nach allen Windrichtungen hin dementirt. Am Dienstag Morgen erklärte die National-Zeitung, es seien über die Tischrede, welche Herr v. Forckenbeck bei dem Bankett des Städtetages gehalten, theilweise höchst übertriebene Versionen in Umlauf gesetzt worden. Was der Redner über die Nothwendigkeit der Bildung einer umfassenden liberalen Partei gesagt, habe er beinahe mit den gleichen Worten in einer ihrer Zeit viel besprochenen Tischrede zu Breslau gesagt. Es werde diese Erinnerung zur besseren Würdigung der Combinationen dienen, welche an den letzten Trinkspruch des Reichstagspräsidenten, wie es scheine, in übereilter Weise geknüpft worden.

Die gemeinten Combinationen konnten doch nur die vermuthete Niederlegung des Präsidiums bedeuten. Aber wenige Stunden, nachdem die National-Zeitung diese Vermuthung übereilt genannt, empfing der Reichstag die Niederlegung des Herrn v. Forckenbeck. Aus diesem Sachverhalt scheint mit Evidenz

hervorzugehen, daß Herr v. Forckenbeck am Montag noch nicht an die Niederlegung dachte, sonst hätte er die National-Zeitung und zahlreiche befreundete Korrespondenten nicht dahin informiren können, vor dieser Voraussetzung zu warnen. Noch weniger hat er also die Tischrede in der Absicht gehalten, den Rücktritt vom Präsidium mit derselben einzuleiten. Diesem schwer ansehbaren Sachverhalt gegenüber wird man sich eines befremdenden Eindruckes nicht erwehren können.

Die Präsidentenstellung im Parlamente wird anders bei uns aufgefaßt als in England. Seltsam, daß wir, ewig bemüht, den englischen Parlamentarismus, der so vieles hat, was unübertragbar, und so vieles, was nicht im geringsten nachahmenswerth ist, in allen Stücken nachzuahmen, uns von dem einzigen guten Beispiele emanzipiren, das er uns geben könnte. Der Sprecher des Unterhauses, gleichviel durch welche Partei in's Haus gesendet, ist von dem Tage, wo ihn das Haus zum Amte des Sprechers berufen, nur noch bemüht, der Diener des ganzen Hauses zu sein wie zu scheinen. Der Sprecher vermeidet daher jede Gelegenheit, als Parteimann aufzutreten, der er in seinem Amte nicht mehr ist noch sein darf. Persönlichkeiten, welche sich zu Parteiführern eignen, oder welche sich das Talent zum großen Redner zutrauen, gibt keine Partei zum Sprecheramte her, so wenig als solche Persönlichkeiten ihrerseits das Verlangen nach diesem Amte tragen. Es bedarf keines Wortes, daß diese Einrichtung die allein richtige und die selbstverständliche ist. Was haben wir in Deutschland dafür angenommen? Auch vom deutschen Präsidenten verlangt man die Unparteilichkeit, erwartet man, daß er der Diener des ganzen Hauses sei. Man glaubt, daß dieser Forderung Genüge geleistet werde, wenn der Präsident dem Namen nach aus der Fraktion austritt, der er etwa angehört hat. Aber ganz abweichend von der englischen Auffassung verlangt man vom Präsidenten, daß er das Vertrauen des Hauses nicht nur für die Geschäftsführung genieße, sondern daß er zugleich der Repräsentant der politischen Gesinnung der Majorität sei. Und was der englischen Auffassung noch fremder wäre, man legt bei der Wahl den höchsten Werth darauf, welcher Fraktion der Präsident angehört, und jede Fraktion präsentiert zur Wahl ihre bedeutendsten Mitglieder, die es sind nicht etwa durch technisch präsidiale Befähigung, sondern vor allem durch die Wirksamkeit in der Parteileitung. So wird denn die angebliche Resignation des Präsidenten auf den Fraktionszusammenhang ein leeres Symbol, er bleibt der Führer seiner Fraktion, deren Vorsitz zwar von einem Stellvertreter eingenommen, aber dem eigentlichen Inhaber vorbehalten wird.

Es bedarf wiederum keines Wortes, das diese Sitte eine zweckwidrige, geradezu eine Absurdität ist. Wie ist sie entstanden? muß man fragen. Die

Antwort lautet: aus den Nachwirkungen des Universitätslebens. Wer erinnert sich nicht der Streitigkeiten bei den studentischen Fackelzügen, welches Korps voranschreiten, in welcher Folge die Marschälle gereiht werden, wer bei dem allgemeinen Kommerz den Präses stellen soll. Unsere parlamentarischen Fraktionen bilden sich nach den Erinnerungen der Studentenkorps. Sie streiten, wie diese um den Vortritt bei Fackelzug und Kommerz, um den Vorsitz im Parlamente. Die Sitte ist so abgeschmackt, wie es gar nicht zu sagen ist, aber sie besteht einstweilen; messen wir an ihr den jüngsten parlamentarischen Vorfall.

Wenn Herr v. Forckenbeck sich als Repräsentanten der Majorität betrachtete, so durfte er nicht bei einem politischen Bankette sich gegen diese Majorität erklären. Allein er mußte schon seit der Wahl des jetzigen Reichstages wissen, daß er nicht mehr der Repräsentant der politischen Majorität war. Wenn er dennoch das Präsidium annahm, so konnte man dahinter nur den lobenswerthen Gedanken suchen, die deutsche Präsidentenstellung in die allein richtige Bahn des englischen Sprecheramtes zu leiten. Die Grenzen dieses Amtes mußte Herr v. Forckenbeck jedenfalls so lange innehalten, als er Präsident war. Drängte es ihn wieder nach dem Parteileben, so mußte er erklären, er glaube seiner Pflicht jetzt besser als thätiges Parteiglied zu entsprechen und mußte diesen Glauben zum Grunde seines Rücktrittes vom Präsidentenstuhl machen, bevor er irgend einen politischen Akt außerhalb des Parlamentes unternahm. Daß er den politischen Akt als ein scharfer Parteimann noch als Präsident außerhalb des Parlamentes unternahm und daß er dann, was erklärlich, nicht nur den Sonntag, sondern auch noch den Montag vergehen ließ, bevor er seine Resignation einreichte, daß er, wie es scheint, am Montag noch zweifelte, ob er sie einzureichen habe — dafür haben wir keine Erklärung.

Mit Herrn v. Forckenbeck war der Vizepräsident, Herr v. Stauffenberg, was das politische Verhältniß zur Majorität betrifft, in gleicher Lage. Nachdem Herr v. Forckenbeck seinen Rücktritt durch den politischen Gegensatz zur Majorität begründet, mußte Herr v. Stauffenberg ihm folgen. Da er krank war, konnte er die Krankheit zum Motiv wählen.

Diese beiden Rücktritte haben die Folge gehabt, die sie nach der deutschen Sitte haben mußten. Die beiden stärksten Korps haben ihre Senioren auf die Präsidentensitze gebracht. Da das eine Korps, dessen Repräsentant den Vizepräsidentensitz erhalten hat, bis dahin in eine Art parlamentarischen Berruf gethan war, weil es, das Korps Germania, parlamentarisch Zentrum genannt, gewisse Staatsgesetze für sein Gewissen nicht bindend erklärt hatte, so ist die neue Präsidentenwahl von manchen Seiten als ein befremdliches, den Komment umstürzendes Ereigniß charakterisirt worden. Wir sehen im Gegentheil in dem Umstande, daß eine ungleichartige Majorität genöthigt war, die Präsi-

dentem zu berufen, die Nothwendigkeit des Ueberganges zur richtigen Auffassung der Präsidentenstellung. Weil die jetzigen Präsidenten nicht die Repräsentanten einer politischen Majorität sind, die zur Zeit gar nicht besteht, so können sie nur Halt gewinnen, wenn sie sich als Diener des Hauses betrachten, damit aber jeder öffentlichen Parteithätigkeit entsagen. Dazu sind beide wohl geeignet, weil sie in ihren Parteien eine nach außen hervortretende Rolle nicht gehabt haben.



Literatur.

Die Gewerbegesetzgebung des Deutschen Reiches, im Lichte ihrer Ursachen und Wirkungen, sowie der neueren gewerbepolitischen Bestrebungen von Jul. Schulze. Heilbrom, Gebr. Henninger, 1879.

Diese Broschüre bildet ein Heft der von Dr. Mühlhäusser und Professor Geffken in Straßburg herausgegebenen „Zeitfragen des christlichen Volkslebens“ (à Band von 6 Heften 5 Mark), ist aber auch einzeln zu haben. Der Verfasser ist Sekretär der Hamburger Gewerbekammer, und so verdient die Schrift schon in sofern Beachtung, als aus ihr am besten die Stellung dieser Körperschaft zur Umgestaltung des Kleingewerbes zu erkennen ist. In unserer kürzlich gegebenen Uebersicht über die neuesten Bestrebungen in der Organisation des Kleingewerbes haben wir diese Stellung der Hamburger Gewerbekammer bereits gezeichnet und brauchen hier nur zu erwähnen, daß von derselben vom Staate erst neue Rechte für die Innungen gewünscht werden, ehe man an eine ausgedehnte Gründung derselben herantritt. Ob das nöthig ist, kann unseres Erachtens erst die Praxis zeigen; dem die neuesten Vorgänge in Osnabrück scheinen eine Organisation auf dem Boden der bestehenden Gewerbeordnung und der Gewerbefreiheit recht wohl möglich zu machen. Daß unser Volk nach korporativen Gestaltungen lechzt, wie Herr Schulze meint, will uns durchaus nicht einleuchten. Was die Gewerbetreibenden bis jetzt nach dieser Richtung gethan haben, ist doch recht wenig. Die ganze Bewegung ist lau und flau, nur das Osnabrücker Gewerbe und Miquel entwickeln eine Thätigkeit, welche Respekt fordert und unsere Hoffnungen für die Zukunft des Kleingewerbes neu belebt.

Für die Redaktion verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig.
Verlag von F. L. Herbig in Leipzig. — Druck von Hüthel & Herrmann in Leipzig.